

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botensohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inzerate die Zeile 3 Sgr.

Annehmen oder ablehnen?

Diese Frage warf im Jahre 1847 Heinrich Simon auf, als der verstorbene König von Preussen seinem Lande durch das Patent vom 3. Febr. eine Art von Verfassung gab, welche jedoch wegen ihres Anschlusses an die ständischen Verhältnisse, die man als veraltet betrachten mußte, den Anforderungen der Zeit nicht genügte, und deshalb auch dem Sturmwinde, welcher im Frühjahr des Jahres 1848 von Frankreich her wehte, nicht Stich halten konnte. Dennoch war jene Frage sehr wohl berechtigt, denn bei allen Mängeln, welche jene Verfassung vom 3. Febr. 1847 enthielt, konnte man sie doch als einen ersten Schritt betrachten auf der Bahn zur vollständigen Erfüllung der Wünsche, welche das Volk hegte, und warum sollte man diesem ersten Schritte nicht beistimmen in der Hoffnung, daß sich recht bald weitere Schritte anschließen würden. Die Ereignisse des Jahres 1848, welche eine plötzliche Aenderung in dem Zustande unseres Staates verurthachten, haben die Entscheidung jener Frage verhindert; wir wissen heut nicht, ob jene Recht hatten, welche das Patent vom 3. Febr. 1847 als etwas unvollständiges, als etwas die Entwicklung hemmendes von der Hand wiesen, oder ob jene Recht hatten, welche die freundige Zustimmung empfahlen, weil sich daraus ja Besseres entwickeln könne.

In einer ähnlichen Lage befinden wir uns heute gegenüber dem Antrage, welchen die Preussische Regierung in Frankfurt in Bezug auf die Reform der deutschen Bundesverfassung gestellt hat.

Zeit Jahren, so lange überhaupt in dem deutschen Velle der Drang lebendig geworden ist, aus dem jetzigen Zustande des deutschen Bundes, wie er durch den Wiener Frieden geschaffen ist, herauszukommen, und ein staatliches Verhältniß zu schaffen, welches die Entwicklung und Geltendmachung der ganzen Kraft Deutschlands gestattet, seit jener Zeit betrachtet man die Zusammenberufung eines deutschen Parlamentes als das Ziel, welches man erreichen müsse. Dieses Parlament dachte man sich als die Stütze einer starken Centralgewalt, und man hoffte, daß

eine solche Einrichtung genügen werde, um endlich die Einigung der Kräfte Deutschlands zu vollziehen.

Im Jahre 1848 glaubte man, das Ziel sei erreicht. Es trat ein deutsches Parlament zusammen, welches lange darüber berieth, in welcher Weise künftig das einige Deutschland regiert werden solle, aber als die Berathung zu Ende war, da war es auch auf lange, lange Zeit vorbei mit der Hoffnung auf ein einiges Deutschland. Das Parlament hatte keine Macht, seinen Beschlüssen Geltung zu verschaffen; man hatte vergessen, gleich im ersten Aufschwung der Begeisterung dem Parlament eine kräftige Centralgewalt für Deutschland, welche auch den ersten Willen hatte, sich nach allen Seiten hin die nöthige Autorität zu wahren, an die Seite zu stellen.

In einzelnen deutschen Ländern versuchte zwar das Volk, den Beschlüssen seiner Vertreter Macht und Geltung zu verschaffen, aber die Uebermacht derer, welche nichts von den Beschlüssen des ersten deutschen Parlamentes wissen wollten, war die Kämpfer für die Reichsverfassung zu Boden, und seitdem schien die Hoffnung auf eine halbige Verwirklichung der Bestrebungen zur Herstellung der deutschen Einheit geschwunden.

Aber wenn der Wunsch nach dem deutschen Parlament auch nicht mehr laut und offen zu Tage trat, so war doch derselbe keineswegs erloschen, er blieb lebendig in der Brust aller guten deutschen Patrioten und als im Jahre 1859 in Preussen eine Aenderung des Systems eintret, welche auf günstigere Ausdehnung für die deutsche Frage in den herrschenden Kreisen hoffen ließ, da trat plötzlich in ganz Deutschland der Wunsch zu Tage, der seit 10 Jahren nur heimlich ausgesprochen worden war.

Von einem Ende Deutschlands zum andern lönte der Ruf: Centralgewalt und Parlament, und man war darin einig, daß diese Centralgewalt nur an Preussen, dem mächtigsten rein deutschen Staate, übertragen werden könne.

Seit jener Zeit hat sich die Situation wieder geändert. Die preussische Regierung hat es nicht verstanden, jene ihr so günstige Stimmung in

Deutschland zu benutzen, und heut, nach sieben Jahren, wo die politische Richtung, welche die preussische Regierung vertritt, die entgegengesetzte ist von jener, welche im Jahre 1859 das deutsche Volk in Preußen als auf ewige Zeiten gesichert glaubte, heut will ein großer Theil des deutschen Volkes nichts mehr von der preussischen Führung wissen.

Da tritt mit einem Male Herr v. Bismarck auf, und beantragt bei dem Bund die Einberufung eines deutschen Parlaments, welches aus direkten Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht hervorgehen soll. Was kann man mehr verlangen? Sind hier nicht die kühnsten Forderungen der liberalen Partei befriedigt? Darf man auch nur einen Augenblick zaudern, jene Gabe anzunehmen, wenn einem auch die Hand mißfällt, welche sie reicht? Sind nicht die einmal geschaffenen Einrichtungen ewig, während die Personen vergänglich sind, und mit ihnen auch die Prinzipien, welche sie zur Geltung zu bringen suchen, verschwinden? Solche Fragen werden gewiß vielfach laut werden, und es ist deshalb geboten, daß wir unsern Lesern mit kurzen Worten klar machen, weshalb wir trotz des Verlockenden, welches in jenem Antrage liegt, der Ansicht sind, er enthalte nichts, was die liberale Partei bestimmen könne, ihn freudig zu begrüßen, und für denselben mit der ganzen Begeisterung der erfüllten Hoffnung einzutreten.

Wir haben gesehen, daß ein Parlament, wenn seine Beschlüsse von Wirkung sein sollen, auch eine gewisse Macht inne wohnen muß, und deshalb müssen wir für ein deutsches Parlament, wenn wir Hoffnungen auf seine Wirksamkeit setzen sollen, auch Macht fordern, und seine Machtbefugniß muß genau von vornherein bestimmt sein, oder es muß in der Lage sein, sie sich selber zu bestimmen, damit später kein Streit erhoben werden kann in dieser Beziehung. Von solcher Bestimmung finden wir aber nichts in dem preussischen Antrage, es ist nur gesagt, es solle ein Parlament zusammenberufen werden, dem ein Verfassungsentwurf für Deutschland vorgelegt werden soll, über welchen sich die deutschen Regierungen bis zu dem Zutritt des Parlaments verständigen sollen. Das ist, wie man bei einigem Nachdenken sehen wird, ein sehr dehnbares Programm. Entweder kann der Fall eintreten, daß sich die deutschen Regierungen nicht über eine Vorlage für das Parlament verständigen, oder die Vorlage kann so sein, daß sie das Parlament für unannehmbar findet. Was dann? Auf diese Frage bleibt uns der preussische Antrag die Antwort schuldig.

Aber vielleicht will Herr v. Bismarck dem deutschen Parlament eine große Machtbefugniß, einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Führung der deutschen Angelegenheiten gestatten? Wer das glaubt, dem antworten wir nur ein: Er möge auf unser engeres Vaterland, auf Preußen blicken, und er wird gewiß sehr bald von seinem Glauben zurückkommen.

Ein Parlament ohne Macht, eine Bundesreform, deren Grundidee nicht einmal angegeben ist, das sind keine Vorschläge, welche darauf Anspruch machen können,

den freudigen Beifall der liberalen Partei zu finden, und deshalb ist nach unserer Ansicht die Frage sehr wohl gerechtfertigt: **Annehmen oder Ablehnen?**

Politische Wochenchau.

Preußen. Die Kriegsfrage ist es noch immer, welche die Aufmerksamkeit vor Allem in Anspruch nimmt. Es sind in den letzten Tagen verschiedene zwischen Wien und Berlin gewechselte Depeschen veröffentlicht worden, in welchen die beiden Kabinete sich gegenseitlich die Schuld der eingetretenen Spannung zuschreiben. Die letzte österreichische Depesche soll in sehr bestimmter Weise ein Rückgängigmachen der preussischen Rüstungen fordern. Nach der Sprache der preussischen offiziellen Blätter zu urtheilen, ist die preussische Regierung nicht geneigt, darauf einzugehen, und scheint somit die Gefahr eines Krieges immer näher zu rücken. Inzwischen fährt das preussische Volk fort, sich entschieden gegen den Krieg auszusprechen. In **Gladbach**, in **Bobwinkel**, in **Neuß**, in **Essen**, in **Inserbrugg** und in **Gumbinnen** haben in der letzten Woche Versammlungen stattgefunden, welche iümmtlich sehr zahlreich besucht waren, und die sich alle gegen den Krieg mit Defferlichkeit ausgesprochen haben. Auch mehrere berliner Bezirksvereine haben Resolutionen in diesem Sinne angenommen. Auch das Aeltesten-Kollegium der berliner Kaufmannschaft hat einstimmig beschlossen, an den König eine Adresse zu richten, in welcher es heißt: „es möge (Km. Maj. gefallen, die Befürchtungen eines unheilvollen Krieges zu zerstreuen und Ihrem Volke die Sicherheit des Friedens wieder zu geben.“

Am 11. d. M. fand in **Berlin** eine von etwa 3500 Personen besuchte Versammlung der Mitglieder und Freunde des Nationalvereins statt, welcher der Abgeordnete v. Pennig präsidirte. Derselbe legte nach kurzer Ansprache folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die gefährlichen Verwickelungen, welche Deutschland in einen innern Krieg zu führen drohen, legen mehr als je die Unhaltbarkeit der deutschen Bundesverfassung vor den Augen Europa's bloß.

Die wiederholten, aber fruchtlosen Versuche der deutschen Regierungen für Bundesreform geben ein weiteres Zeugniß, wie dringend geboten im Interesse Deutschlands die Bestrebungen des Nationalvereins sind und wie berechtigt das Ziel ist, dessen Erreichung er sich zur Aufgabe gestellt hat.

Die berliner Mitglieder des Nationalvereins beharren deshalb auch unter den heutigen schwierigen Verhältnissen bei ihrem Programm und sehen in den drohenden Gefahren nur eine Aufforderung zu noch größerer und energischerer Thätigkeit für die Zwecke des Vereins.

Im Hinblick auf die gegenwärtigen Wirren sprechen sie wiederholt ihre Ueberzeugung aus, daß der militärische und maritime Anschlag Schleswig-Holsteins als berechtigter Anspruch Preußens festzuhalten sei, daß aber die gewaltthame Annexion der Herzogthümer über diese in dem deutlichen Verwerfe Preußens begründeten Ansprüche hinausgehen und Preußen mit der Verantwortlichkeit für den drohenden Krieg und die Einmischung fremder Mächte belasten würde.

In Bezug auf den gegenwärtigen Antrag Preußens auf Bundesreform erklären die berliner Mitglieder des Nationalvereins, daß eine solche nur unter einer Staatsleitung zum Ziele geführt werden kann, welche es sich zur ersten und unerlässlichen Aufgabe setzt, das verfassungsmäßige Recht des eigenen Landes unbedenklich in volle Geltung zu setzen und den Aufbau der verfassungsmäßigen Freiheiten zu vollenden, weil nur in der Lösung der Volkstraft von den Banden des innern Konfliktes Preußen die Kraft gewinnt, seine große geschichtliche Aufgabe, die Einigung Deutschlands in Macht

und Freiheit, zur eigenen Ehre und zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes durchzuführen.“

Mit warmen Worten vertheilte die Abgeordnete Fr. Dunder und Schulz-Deilich diese Resolution. Sie schilderten die Gefahren des Krieges, welcher uns droht, weil Preußen ein Prinzip zur Geltung bringen will, welches im Widerspruch steht mit der ganzen Entwicklung des preussischen Staates. Die Redner verweilen auch eingehend bei dem Plane des Grafen v. Bismarck auf Einberufung eines deutschen Parlamentes, und zeigen, wie wenig Grund man habe, diesen Antrag Preußens als eine Verwirklichung der Hoffnungen zu betrachten, welche die Nationalpartei so lange gesetzt und gepflegt habe. Sollte aber trotzdem das Projekt verwirklicht werden, so sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die Vertreter der Nationalpartei in demselben die Mehrheit haben würden, so könne man das Schauspiel erleben, daß in dem vom Grafen v. Bismarck einberufenen Parlament dieselben Männer säßen, welche noch bis heute durch Herrn v. Bismarck als Revolutionäre bezeichnet und verfolgt würden. Aber man dürfe nicht vergessen, daß der Bundestag, bei welchem dieser Antrag eingebracht worden, nicht der Ort sei, wo solche Anträge eine günstige Aufnahme fänden. Beide Redner wurden bei ihren Ausführungen wiederholt durch den fürnehmsten Beifall unterbrochen, und es wurde die vorstehende Resolution einstimmig angenommen.

Am 7. und 8. d. M. hat sich der Sechshunddreißiger Ausschuß in Frankfurt versammelt, um Angesichts der jetzigen Lage der Dinge seine Ansicht offen und deutlich auszusprechen. Er hat folgende Ansprache an das deutsche Volk erlassen:

1) Ueberall steht vor Deutschland die Gefahr eines Bürgerkriegs, der Einmischung des Auslandes, des Untergangs der bürgerlichen Freiheit und des Wohlstandes.

2) Das rechtsmüdrige Verfügen beider deutscher Großmächte über die von der dänischen Herrschaft befreiten Herzogthümer wie über eine Kriegsbeute, die offenkundigen Pläne gewaltthamer Anexion bei der preussischen Regierung, die Schwäche fast aller übrigen deutschen Regierungen, und einer Bundesverfassung, welche das deutsche Volk von der Leitung seiner Geschicke vollständig ausschließt, führen Verwirrung und Zerbrechen über Deutschland herauf.

3) Der entsetzteste den deutschen Bruderkrieg verdamme Protekt sei die Antwort auf ein jedes friedensstörende Beginnen. Schon haben sich in einzelnen preussischen und andern Städten laute Stimmen gegen die Gefahren einer verderblichen Kabinettpolitik erhoben. Will aber das deutsche Volk sich nicht zum Mitschuldigen machen an dem nationalen Unglück, so muß es allerorten so vernehmlich und kräftig seine Meinung und seinen Willen kundgeben, daß die Mächte und auch die Träger der Kronen sie nicht überhören können.

4) Eine vollständige Umgestaltung der deutschen Verfassung ist nothwendig, wollen wir für die Zukunft den Sämmern und die Gefahren der jetzigen Zustände beseitigen, jeder Regierung aber, welche, das Recht des eigenen Landes nicht achtend, mit Plänen einer Bundesreform herortritt, etwa in der Absicht, Bundesgenossen in einem Bürgerkrieg zu werben, selbst mit dem Vertrauen des eigenen und des deutschen Volke die Gewähr für das Gelingen des großen nationalen Einigungswerke.

Frankfurt a. M., 7. April 1866.

Der Ausschuß der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen.

Wie man sagt, ist ein Schuß- und Abkühlbündniß zwischen Preußen und Stalien dem Triumph nahe. Dasselbe richtet natürlich seine Spitze gegen Oesterreich.

Am 9. April hat bekanntlich Preußen seinen Antrag auf Einberufung des deutschen Parlamentes gestellt, über dessen Werth wir uns in einem besonderen Artikel ausgesprochen haben. Um aber unsere Lesern die Möglichkeit zu geben, selbst zu prüfen und selbst zu urtheilen, lassen wir hier den vollständigen preussischen Antrag und auszugsweise auch die Motivirung dieses Antrages folgen. Der Antrag lautet: „Die Bundesversammlung wolle beschließen: Eine aus direkten Volkswahlen und allgemeinem Stimmrecht hervorgehende Verammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten; — in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt dieser Verammlung, durch Verhandlung der Regierungen unter einander, diese Vorlagen festzustellen.“

Die Motivirung dieses Antrages ist in ihren Grundzügen etwa folgende: „Das Bedürfnis einer Bundesreform sei nothwendig und sowohl von den Regierungen wie von der Nation wiederholt ausgesprochen worden. Den letzten bedeutendsten Ausdruck habe es im Fürstentkongreß gefunden. Preußen, welches sich dieser Verammlung fern halten mußte, habe seinerseits aus Veranlassung des Kongresses die Grundzüge festgelegt, welche allein es als Grundlage der Reform für geeignet erachte. Wie damals, so haben seit jener Zeit die Ereignisse in noch höherem und dringenderem Umfang das Reformbedürfnis dargehan. Der dänische Krieg habe gezeigt, daß selbst in dem denkbar günstigsten Falle des einzigen Deutschland nicht zur Vertheiligung an einer großen nationalen Frage gelangen ließen. Insbesondere sei es die Bundes-Militär-Verfassung gewesen, auf deren Reform Preußen wiederholt energisch gedrungen, weil sie sich für die Sicherheit Deutschlands ganz unzulänglich erwiesen. Der gegenwärtige Konflikt zwischen Preußen und Oesterreich zeige, daß der Bund in seiner jetzigen Verfassung auch nicht den inneren Frieden Deutschlands zu wahren im Stande sei, da die Möglichkeit der Durchführung der Bundesverfassungs-Bestimmungen nur unter Voraussetzung der Einigkeit beider Mächte existire. Bisher habe Preußen durch stete Nachgiebigkeit diese Einigkeit zu erhalten gesucht. In dem gegenwärtigen Zustand der mangelnden Uebereinstimmung habe sich Preußen an die deutschen Regierungen, indem es Oesterreichs Verfahren veranschaulichte, mit einer Anfrage über ihre Unterstüzungen, im Fall Oesterreich zum Angriff gegen Preußen vorginge, gewendet. Der gleichmäßige Hinweis der deutschen Regierungen auf Art. 11 der Bundesakte müsse Preußen überzeugen, daß es in jedem Konflikt auf sich und seine Kräfte allein angewiesen sein würde und daß bei dem schwerfälligen Formalismus der Bundesverfassung etwaige Hilfe immer zu spät kommen müsse. Bei der jetzigen Entwicelung der Militärmächte müsse dieses Mißverhältniß für Veränderungen mit dem Auslande in erhöhtem Maße gefahrbringend sein. — Aber neben den politischen und militärischen Rücksichten ermarken noch viele andere Bedürfnisse der deutschen Nation die Befriedigung, welche der Bund in seiner bisherigen Gestalt nicht gewähre. Wenn nun das Bedürfnis einer Reform senach augenscheinlich sei, so frage es sich nach den Wegen, wie die Reform vorzunehmen. Erfahrungsmäßig haben einerseits weder die Verhandlungen zwischen den Regierungen, noch anderseits die Verhandlungen einer konstituierenden Verammlung für sich allein ein Ziel geführt. Es sei eben das Zusammenwirken beider Faktoren, welches allein den Erfolg verbürge. Hieraus motivire sich der Beschluß zur Einberufung eines Parlamentes. Was die Modalitäten dabei betreffe, so sei die preussische Regierung,

wie von ihr schon bei vielfachen Gelegenheiten entwickelt worden, der Ueberzeugung, daß die zu berufende Versammlung nicht aus Delegationen, sondern auf Grund allgemeiner Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerungsanzahl bestehen müsse. Inzwischen sei es der Wunsch der königl. Regierung, daß sofort Verhandlungen zwischen den Bundesmitgliedern über die notwendigsten Verträge eröffnet werden. In dem man für diese einen bestimmten Kreis abgrenze, werde die Zeit bis zum Zusammentritt der Versammlung vollständig zu den nöthigen Vereinbarungen ausreichen. In der Bestimmung eines festen Termines zum Zusammentritt liege aber die Gewißheit, daß die Verhandlung sich nicht wieder in's Ungewisse verlieren werde."

Man sieht, die Motivirung ist sehr geschickt, sie hebt alle Mängel des gegenwärtigen Zustandes hervor, aber man darf nicht vergessen, wer es ist, der das Heilmittel dagegen bietet. Ein deutsches Parlament muß Rechte haben, und welches sind die Rechte, die Herr v. Bismarck demselben einräumen will? Auf jeden Fall aber, dies wollen wir bei all unzeren Einwänden gegen den jetzigen Vorschlag nicht verkennen, ist damit eine wichtige Wendung in der Entwicklung der deutschen Frage gegeben. Das Samenornit ist in Erde gesät, wir denken, die Zeit wird kommen, wo es gute und reichliche Früchte trägt.

Die Bewegung und ihr endliches Ziel.

II.

Wir schlossen unsere vorige Betrachtung mit der Bemerkung, daß die Forderung (s. h. die Regierung) auf ihrem Wege lag steht, weil sie vor den Forderungen der Demokratie erschrickt.

Was ist Demokratie? Nichts als die letzte Forderung der Nichtprivilegirten, ganz und voll den Privilegirten gleich zu sein, das ist eben: keine Privilegien mehr zu dulden und zu besitzen. Die Privilegirten hatten das Recht der Steuerbewilligung und Prüfung des Staatshaushaltes, die Demokratie will dies Recht für Jedem, der Steuern zahlt. Die Privilegirten hatten Schutz und gewaltthätige Preisbestimmung für ihre Arbeitsleistung — die Demokratie will gleichmäßigen Schutz für jede Arbeit, d. h. eben keinen besonders, nur den, daß man jeder Arbeit gewähren lasse, damit sich ihr Preis innerhalb des Angebots und der Nachfrage regulire, aus diesem Grunde aber ist sie Feind jeder polizeilichen Verdrängung, jeder Zunft, jedes Schutzzölles, jeder indirekten Steuer, welche alle störend auf das Angebot und die Nachfrage einwirken. Wie aber für die Freiheit der Arbeit, so tritt sie auch für die Freiheit des Kapitals ein, denn dies ist ja nichts weiter als eine Summe disparater Arbeit. Auch die Gelebe des Kapitals reguliren sich innerhalb des Angebots und der Nachfrage, und kein Finanzmann, kein Sozialist und kein Kommunist hat noch ohne die empfindlichsten Rückschlüsse in dieselben eingegriffen. Sie will und kann deshalb in die Herrschaft des Kapitals nicht anders eingreifen, als durch direkte Besteuerung desselben, denn das Kapital ist es in letzter Instanz, das den Staat durch seine Beweglichkeit erhalten muß.

Somit sind wir hier an dem Ziel und der Grenze der Bewegung, über welche hinausgehen gefährlich ist. Wiederum würde man auf der entgegengesetzten Seite in das Privilegiengewesen und in feudale Prinzipien fallen, wollte man den Theorien des Sozialismus und des Kommunismus huldigen. Ein warmendes Beispiel giebt uns hier die Geschichte des Jahres 1848 und 49. Die Unreife der politischen

Bildung schoß über ihr Ziel hinaus. Sozialisten und Kommunisten tauchten auf. Beide Bestrebungen sind, wie gesagt, gleichfalls feudal, denn wenn der Proletarier ein Recht auf Arbeit fordert, so fordert er damit einen bestimmten Preis seiner Leistung im Voraus, eben so gut wie der Ritter, der Land und Wasser mit Dächern und Zinsen belege, und der Kommunist, der den Preis der Arbeit ganz und gar negirt, negirt überhaupt die menschliche Gesellschaft, er gehörte allenfalls in die Mönchsorden des Mittelalters. Dieroon sahen wir namentlich in Frankreich die verberlichsten Folgen. Selbstverständlich zog sich das Kapital aus dem Betriebe, dessen Grundlagen wankend wurden. Der Waghende wurde ein Feind der Bewegung, der Junkerstand brach aus, er unterlag — und Frankreich jeutz noch bent unter eisernen Faust des absoluten Herrschers, den es damals um jeden Preis einsetzte, bloß um die natürlichen Grundlagen der Gesellschaft zu retten. Dennoch ist die blinde Furcht vor solchen Extravaganzen jedesmal das Schlimmste, nur sie sieht das rothe Geheiß — die Passermannen Gefalten, leibhaftig umgeben; der wirkliche Eintritt solcher Bewegung, die so barbarisch wäre als die Völkerrauberei, die in das Römereich einbrach, oder der Zug des Dingshieshan, gehört in dieser Zeit der Civilisation und bei deren Hülfquellen der Vertheidigung in das Reich der Fabel. Der menschlichen Gesellschaft liegt die Absicht sich selbst zu zerstören, eben so fern, wie dem geandenen normalen Menschen der Selbstmord. Nur der Rest der Privilegirten fabelt von fatalistischen Ereignissen, von Aufschung und Untergang der menschlichen Gesellschaft, weil er sich und seine Privilegien mit jener identifizirt; überdem ist es immer die Maxime solcher Köpfe gewesen, auf die Forderungen des Fortschritts das Anathema der Anarchie zu schleudern.

Also: Gleiches Recht und gleiche Pflicht — gleiches Gewährenlassen Jedem, mag er heute Schneider, morgen Arzt und übermorgen Kaufmann sein — seh' er nur zu, wie ihn die Gesellschaft die Leistungen bezahlt. Freie ungehinderte Aeußerung der Meinung in Wort und Schrift, denn die falsche Meinung trägt ihren Untergang in sich selbst und Alles das, was die Wahrheit fürdirt, fällt dunkel seine unbedachte Griftenz.

Und dann für Alle die freie Wahl, an jedem Orte unseres deutschen Vaterlandes seine Hüte aufzusetzen zu können. Dies führt zur deutschen Frage, und hier müssen wir für ein einziges großes Deutschland setzen, damit aus gleiches Recht und gleiche Pflicht auch gegenüber den anderen europäischen Völkern gewährt werde, damit der Deutsche nicht ferner, wie es noch heutigen Tages der Fall ist, im Auslande unter den Völkern steht, wie der Jude im Mittelalter, geschlagen und verachtet, gemärgelt und gebuddet, wie es dem Uebermüthigen einfällt, der ihn mißhandelt. Zu dieser deutschen Frage gehört auch der Streit um Schleswig-Holstein, den nur die im Aufsteigen begriffene Bewegung endlich zu einem glücklichen Ende führen wird, hierber gehört die Frage nach dem deutschen Parlament in Frankfurt. Wehin endlich unser Verfassungstreit und die Militärfrage gehören, bedarf schließlich keiner Erörterung.

Ohne das man zu roth und sanguinisch die Zeit betrachte, die Thatfache ist da: wir stehen und vermalen in der aufsteigenden Bewegung, jeder Schritt ist ein Schritt zum Siege: u. selbst Niederlagen thun dem Fortschritt keinen Abbruch; benuden wir endlich den entscheidenden Sieg mit Mäßigkeit und Energie, so wird der Segen für die kommenden Geschlechter nicht fehlen.